

*** (4)
Deng Xiaoping fordert erneut eine
"Befreiung des Denkens"**

Der Hongkonger KPCh-orientierten Zeitung *Da Gong Bao* (DGB) zufolge soll Deng Xiaoping "kürzlich" eine Weisung erteilt haben, in der er von den Politikern und Kadern eine "weitere Befreiung des Denkens" gefordert hat, um "neue Reformideen" entwickeln zu können. Deng wörtlich: "Es muß neue Reformideen geben, mit anderen Worten: Es sollten neue Reformansätze und -maßnahmen entwickelt werden, die sich von denen der letzten zehn Jahre unterscheiden. Um die neuen Bedingungen zu studieren und neue Wege zu finden, ist die weitere Befreiung des Denkens von zentraler Bedeutung... Bezüglich des Verhältnisses zwischen Plan und Markt setzen einige Genossen die Planwirtschaft mit Sozialismus und die Marktwirtschaft mit Kapitalismus gleich. Die Praxis der letzten Jahre hat jedoch bewiesen, daß eine derartige Ansicht nicht in Einklang zu bringen ist. Planung und Markt sind lediglich zwei unterschiedliche Methoden der Verteilung von Ressourcen, aber nicht die Merkmale, die Sozialismus und Kapitalismus unterscheiden. In dieser Frage müssen wir uns davor hüten, in eine neuerliche ideologische Unbeweglichkeit und Sackgasse zu geraten. Wir sollten nicht einfach die Entwicklung der sozialistischen Warenwirtschaft und den sozialistischen Markt gleichsetzen mit dem Kapitalismus. Wir sollten auch nicht die Nutzung von Auslandskapital in Widerspruch zum Prinzip der Selbständigkeit setzen und übervorsichtig und voller Zweifel bei der Nutzung von Auslandskapital sein." (DGB, 26.1.92, nach SWB, 27.1.92)

Deng Xiaoping hatte im Frühjahr 1978 zum ersten Mal eine "Befreiung des Denkens" (*jiefang sixiang*) gefordert und damit ideologisch den Boden bereitet für die 3. Plenartagung des XI. ZK der KPCh, die im Dezember 1978 parteioffiziell vom maoistischen Entwicklungskonzept abrückte und privat- und marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsreformen einleitete. Offensichtlich will Deng mit seiner neuerlichen Forderung nach einer "Befreiung des Denkens" einen weiteren Reformschub und die Entmachtung seiner konservativ-orthodoxen Widersacher einleiten. Gelänge dies in den

kommenden Monaten, dann könnte der für das letzte Vierteljahr vorgesehene XIV. Nationale Parteitag der KPCh von ähnlicher historischer Bedeutung sein wie die oben erwähnte 3. Plenartagung. -sch-

*** (5)
Deng Xiaoping: Guangdong ist die
führende Kraft für die wirtschaftliche
Entwicklung Chinas**

Der Hongkonger KPCh-orientierten Zeitung *Da Gong Bao* (DGB) zufolge erklärte Deng Xiaoping während seines Aufenthaltes in der Wirtschafts-sonderzone Zhuhai am 25. Januar 1992 wiederholt, daß "[die Provinz] Guangdong die führende Kraft für die wirtschaftliche Entwicklung des ganzen Landes ist". Guangdong solle, so Deng weiter, zum Vorbild für wirtschaftlichen Aufschwung werden. (DGB, 26.1.92, nach SWB, 27.1.92)

Damit hat sich Deng Xiaoping voll hinter die sehr liberale Wirtschaftspolitik von Guangdong und die dort existierenden Wirtschafts-sonderzonen gestellt. Dagegen war in der Vergangenheit Shanghai als die führende Kraft der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas bezeichnet worden. -sch-

Kultur

*** (6)
Nationale Erziehungskonferenz:
Schwerpunkt politisch-ideologische
Bildung**

Am 10. Januar 1992 endete in Beijing die viertägige Arbeitstagung der Staatlichen Erziehungskommission, die zu Beginn eines jeden Jahres stattfindet, um den Rahmen für die nationalen Bildungsaufgaben und -ziele des betr. Jahres sowie der jeweiligen Planperiode abzustecken. Teilnehmer waren Vertreter der Erziehungsbehörden der dreißig Provinzeinheiten. Als wichtigste Aufgabe wurde ihnen vor allem die Intensivierung der politisch-ideologischen Bildung nahegelegt. Es war vor allem Ministerpräsident Li Peng, der den Teilnehmern am letzten Tag einschärfte, daß die Erziehung dem grundlegenden Ziel zu dienen habe,

einen Sozialismus chinesischer Prägung aufzubauen. Zu diesem Zweck müßten die Jugend ebenso wie das ganze Volk in der "fortschrittlichsten Ideologie der Menschheit" - dem Marxismus-Leninismus, den Mao-Ideen und den Werken Deng Xiaopings - unterwiesen werden (RMRB, GMRB, 11.1.92).

Obwohl die ideologische Erziehung auf der Tagung im Vordergrund zu stehen schien, nannte Li Peng auch eine Reihe weiterer Aufgaben, darunter vor allem die folgenden:

- Die Wichtigkeit der Erziehungsarbeit müsse weiter hervorgehoben werden. Zwar habe sich in dieser Hinsicht im Bewußtsein der Partei und der Gesellschaft schon vieles zum Vorteil verändert - viele Provinzen würden z.B. nach dem Motto handeln: "Die Provinz durch Wissenschaft und Bildung entwickeln" (*ke jiao xing sheng*) - , aber die Regierungen aller Ebenen müßten weiterhin darauf achten, daß der Bildungsarbeit vermehrte Aufmerksamkeit gewidmet werde.

- Deshalb müßten die örtlichen Behörden entsprechend ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten die Erziehungsausgaben erhöhen und auch andere Geldquellen für diesen Zweck ausschöpfen.

- Es sei ein Kontingent von Lehrern aufzubauen, die sowohl rot als auch fachkundig (*you hong you zhuan*) sind. Das Niveau der Lehrer müsse in ideologischer und politischer, aber auch in fachlicher Hinsicht weiter angehoben werden. Daneben seien auch die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lehrer zu verbessern.

Die ideologische Ausrichtung der Lehrerschaft stand bereits in den beiden vergangenen Jahren auf dem Plan, wobei der maoistische Slogan "sowohl rot als auch fachkundig" in bezug auf die Lehrer zunehmend wieder in Umlauf kam. Die andere Aufgabe, nämlich die verstärkte Förderung des Bildungswesens als einem der wichtigsten Faktoren bei der Modernisierung, war von Anfang an Teil der Reformpolitik. Insofern läßt sich sagen, daß die Erziehungsreform zwar weitergeführt wird, aber die Ideologisierung des Bildungswesens keinesfalls nachläßt, sondern seit Herbst 1989 mehr und mehr forciert wird.

Was die Erziehungsreform angeht, so wurden die örtlichen Erziehungsbehörden von seiten der Staatlichen Erziehungskommission angewiesen, insbesondere auf die folgenden Reformvorhaben zu achten:

- Die Reform des städtischen und ländlichen Bildungssystems (vgl. dazu C.a. 1991/12, Ü 16) soll weiter vorangetrieben werden, vor allem sollen die Investitionen ins Erziehungswesen steigen, damit die Bedingungen für den Schulbetrieb und die Behandlung der Lehrer verbessert werden können.

- In diesem Jahr soll die Abschlußprüfung für Abgänger der Mittelschuloberstufe allgemein eingeführt und entsprechend die Aufnahmeprüfung für die Hochschulen reformiert werden (vgl. dazu C.a. 1991/4, Ü 17). - Geplant ist ferner, die Berufsbezeichnungen für das Lehrpersonal zu reformieren, und zwar sollen "Regeln für die Dienstränge von Grund- und Mittelschullehrern" ausgearbeitet werden, die dann versuchsweise eingeführt werden sollen. (Diese Reformmaßnahme hängt offensichtlich mit der Verbesserung der Lehrergehälter zusammen.)

- In der Erwachsenenbildung sollen 4 Millionen Analphabeten Lesen und Schreiben lernen. (Diese Zahl scheint als Orientierungswert richtig eingeschätzt zu sein, vgl. C.a. 90/8, Ü 26. Ein großes Problem liegt allerdings darin, die Schreib- und Lesefähigkeit der Alphabetisierten auf Dauer zu erhalten.)

- Die Führung und Kontrolle über "Privatschulen" (*shehui liliang banxue*, wörtl. Schulen, die von gesellschaftlichen Kräften betrieben werden, d.h. von nichtstaatlichen Organisationen, wie z.B. Religionsgemeinschaften, oder von privater Seite) soll verstärkt werden. Zu diesem Zweck sollen "Regeln für das Betreiben von Schulen von privater Seite" und "Regeln für tertiäre Fortbildungseinrichtungen" ausgearbeitet werden. (Diese Reformmaßnahme erklärt sich daraus, daß der Staat sich die Kontrolle über alle Schularten sichern will, auch solche, die von nichtstaatlichen Organisationen oder von privater Seite eröffnet werden. Zudem wurde in der Vergangenheit immer wieder festgestellt, daß gewisse private Hochschulen nicht das erforderliche Niveau einhalten, sondern nur aus Profitgründen betrieben werden.)

- Im Hochschulbereich will der Staat an den regulären Hochschulen den Fortgang der Ausrichtungsarbeit inspizieren (also z.B. überprüfen, inwieweit der politische Unterricht verstärkt wurde); außerdem soll eine Liste der regulären Hochschulen des ganzen Landes verbreitet werden. (Auch diese Maßnahme richtet sich wahrscheinlich gegen Hochschulen unter privater Regie.)

Wie bereits erwähnt, wird die Erziehungsreform weitergeführt, zugleich aber die Kontrolle des Staates sowie die Ideologisierung des gesamten Bildungswesens verstärkt. Damit geht insbesondere den Hochschulen ein Stück ihrer in den achtziger Jahren gewonnenen Autonomie verloren. -st-

*(7)

Sozialwissenschaftliches Postgraduiertenstudium nur für Marxisten

Auf einer nationalen Arbeitstagung der Staatlichen Erziehungskommission über die Zulassung zum Postgraduiertenstudium in den Sozialwissenschaften, die Ende Dezember in Changchun stattfand, wurde größere Sorgfalt bei der Auswahl von Kandidaten für ein sozial- oder geisteswissenschaftliches Postgraduiertenstudium gefordert. Die Kandidaten, so hieß es, sollten nach politischen Kriterien ausgewählt werden, und es sollten nur linientreue Marxisten zugelassen werden. Auf der Tagung wurden auch Maßnahmen zur Reform des geistes- und sozialwissenschaftlichen Postgraduiertenstudiums erörtert. So sollen bevorzugt Bewerber mit praktischer Berufserfahrung zugelassen werden, daneben aber auch hervorragende Hochschulabsolventen. Die Dozenten müssen ebenfalls Marxisten sein, und das Studium der Werke von Marx, Lenin und Mao Zedong soll für alle Postgraduierten in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern obligatorisch werden. Im Studienplan soll auch die soziale Praxis berücksichtigt werden, d.h. die Postgraduierten sollen auch während des Studiums in Betrieben und in der Landwirtschaft arbeiten. (Xinhua, chin., 27.12.91, nach SWB, 1.1.92)

Die Forderungen beinhalten nichts wesentlich Neues, denn für Postgraduierte, die den Magister oder Doktor in einem geistes- oder sozialwissenschaftlichen Fach anstreben, wird schon seit

mehreren Jahren ideologische Zuverlässigkeit verlangt. Auch die Bevorzugung von Kandidaten mit praktischer Berufserfahrung ist seit dem Herbst 1989 üblich. Vor allem Kandidaten der besagten Fächer müssen in der Regel nach ihrem Grundstudium zwei Jahre praktisch gearbeitet haben, bevor sie ein Postgraduiertenstudium aufnehmen können (vgl. C.a. 1989/11, Ü 32). Wie auf der jüngsten Tagung bestätigt wurde, kann bei hervorragenden Leistungen allerdings eine Ausnahme gemacht werden. Hingegen scheinen die ideologischen Anforderungen an diese Gruppe der Postgraduierten eher zu als abzunehmen. Lediglich bei der Gruppe der Naturwissenschaftler wird in dieser Hinsicht mehr Nachsicht geübt; sie ist auch von der Verpflichtung ausgenommen, vor Aufnahme des Postgraduiertenstudiums zwei Jahre praktisch gearbeitet zu haben. -st-

*(8)

Entwicklung des Erziehungswesens der nationalen Minderheiten

Kürzlich brachte die *Guangming-Zeitung* einen Überblick über die Fortschritte im Erziehungswesen der nationalen Minderheiten. Danach soll die Zahl der Schüler und Studenten aller Schulstufen bei den Minderheiten derzeit 14 Millionen erreicht haben; im Vergleich zu 1951 sollen das 11,3mal mehr Grundschüler, 72,7mal mehr Mittelschüler und 64,6mal mehr Hochschulstudenten sein. Lange Zeit, so heißt es, war das Erziehungswesen der Minderheitenbevölkerung sehr rückständig. Erst seit einigen Jahrzehnten, besonders in den letzten zehn Jahren habe sich die Lage verbessert und genüge die Ausbildung von Fachleuten aller Kategorien und Fachrichtungen mehr und mehr den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Anforderungen in den Minderheitengebieten. Nunmehr verfügten die Minderheiten nicht nur über untere und mittlere Fachleute, sondern auch über eigene Magister und Promovierte.

Im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik sei vor allem die berufliche Bildung stark ausgebaut worden, und zwar sowohl an beruflichen Mittelschulen als auch durch Fachkurse. Zudem seien seit 1949 in ganz China an Bildungsinstitutionen aller Ebenen, einschließlich den Nationalitäteninstituten, über 1,8 Millionen Kader und Fachleute unter den Minderheiten ausgebildet worden.

Nach Ausführungen eines Vertreters der Abteilung für Nationalitätenerziehung bei der Staatlichen Erziehungskommission würden seit einigen Jahren von den Partei- und Regierungsämtern aller Ebenen die folgenden zehn Maßnahmen ergriffen, um das Erziehungswesen in den Minderheitengebieten zu fördern:

- Der Staat gibt finanzielle Unterstützung für das Erziehungswesen. In dem Autonomen Gebiet Guangxi z.B. hat der Staat seit 1983 jährlich das Schulwesen in den Minderheitengebieten mit 11 Millionen Yuan unterstützt; von der Volksregierung des Autonomen Gebietes selbst seien ebenfalls 11 Millionen Yuan hinzugekommen. Mit diesem Geld seien Grundschulen in den unterentwickelten Gebieten verbessert und gebaut worden.

- Man richtet Internats-Grund- und Mittelschulen ein. (Da die Schulen oft weit entfernt von den Gehöften und Wohnungen liegen, können die Kinder nur in die Schule gehen, wenn es Internate gibt.)

- Bei der Zulassung von Studenten einer Minderheitennationalität zu den Hochschulen wird der erforderliche Zensurenschnitt gesenkt, weil das Interesse dahin geht, deren Zulassungsziffer zu steigern.

- Ein Teil der Hochschulen und Nationalitäteninstitute im Landesinneren richten Kurse und Vorbereitungskurse für Angehörige nationaler Minderheiten ein.

- In der Postgraduierenausbildung stellt der Staat an den Hochschulen im Landesinneren jedes Jahr einen bestimmten Prozentsatz von Studienplätzen für Bewerber aus den entfernten Minderheitengebieten zur Verfügung.

- Wenn unter dem gegenwärtigen Verwaltungssystem provinziell- oder gebietsüberschreitend für dieselbe Nationalität deren Sprache als Unterrichtssprache verwendet wird, dann wird die Ausbildung auf der Grundlage des gegenseitigen Austauschs zwischen den Provinzen oder autonomen Gebieten durchgeführt.

- Einschlägige Hochschulen im Landesinneren werden veranlaßt, entfernte Minderheitengebiete fachlich zu unterstützen und mit ihnen zu kooperieren.

- Speziell wird der Fall Tibet angeführt. Seit 1987 haben 17 Provinzeinheiten im Landesinneren Kurse oder Schulen für Tibeter eingerichtet. Seit 1979 sind aus dem Landesinneren über 2.000 Hochschul- und Mittelschuloberstufenlehrer nach Tibet geschickt worden, um dort zu unterrichten.

- Die Lehrkräftesituation wurde verbessert; so wird in den Minderheitengebieten die Lehrerausbildung stark gefördert.

- Unterrichtsmaterialien in Minderheitensprachen werden planmäßig übersetzt und veröffentlicht, und der Unterricht in Minderheitensprachen oder der zweisprachige Unterricht weitet sich aus.

(GMRB, 18.1.92)

Seit Beginn der Reformperiode hat sich das Erziehungswesen in den Minderheitengebieten deutlich verbessert. Trotzdem liegt der Bildungsstandard in diesen Gebieten immer noch weit unter dem der hanchinesischen Provinzen. Dies liegt neben der schlechteren Ausstattung nicht zuletzt an der restriktiven Sprachpolitik der Vergangenheit. In den Schulen der Minderheitengebiete unterrichteten hauptsächlich chinesische Lehrer, und zumindest an den Mittelschulen war Chinesisch Unterrichtssprache. Das bedeutete, daß eine höhere und bessere Bildung nur über das Chinesische möglich war. Seit Beginn der Reformperiode hat sich die Sprachpolitik gelockert, und es wird an den Schulen zunehmend in Minderheitensprachen unterrichtet oder zweisprachig (Minderheitensprache + Chinesisch) unterrichtet. Auch die Zahl der Minderheitenlehrer steigt stetig an. Dennoch zeigt das Beispiel Tibet, daß die Tibeter - und sicherlich auch andere Völker auf chinesischem Boden - im Erziehungswesen noch längst nicht autonom sind. Aus der Sicht der Tibeter bedeutet die hohe Zahl der Lehrer, die aus China nach Tibet geschickt werden, sicherlich keinen Fortschritt. -st-

*(9)

"Sozialistische Erziehung auf dem Lande"

Auf der 8. Plenartagung des XIII. ZK der KPCh im November 1991 wurde beschlossen, die Erziehung in sozialistischer Ideologie auf dem Lande zu verstärken (vgl. C.a., 1991/11, Ü 9). Deshalb wird es derzeit als wichtigste

Aufgabe der Partei betrachtet, Maßnahmen für den Aufbau "neuer sozialistischer Dörfer chinesischer Prägung" zu ergreifen. Über die Gründe für die Notwendigkeit der sozialistischen Erziehung auf dem Lande und die zu ergreifenden Maßnahmen erschien kürzlich in der *Volkszeitung* ein Artikel unter der Überschrift "Die Erziehung in sozialistischer Ideologie gut machen, neue sozialistische Dörfer chinesischer Prägung aufbauen". Als Verfasser des Artikels zeichnete der Parteisekretär der Stadt Jinhua (Zhejiang). Die derzeitigen Anstrengungen für eine sozialistische Erziehung auf dem Lande, für die man peinlichst den Begriff "Bewegung" vermeidet, um keinen Vergleich mit der "Sozialistischen Erziehungsbewegung auf dem Lande" der Jahre 1963-65 aufkommen zu lassen, sind eindeutig von den Orthodoxen in Gang gebracht worden. Da der Artikel die Position des orthodoxen Parteiflügels erhellt, sollen im folgenden die wichtigsten Punkte zusammengefaßt werden.

Im ersten Teil schildert der Verfasser die Ausgangslage auf dem Lande, die Anlaß zu den Erziehungsanstrengungen gegeben hat, nämlich die Veränderungen aufgrund der Reform- und Öffnungspolitik: Durch die Einführung des Verantwortungs- und Vertragssystems in der landwirtschaftlichen Produktion auf Familienbasis und durch die Trennung von Politik und Gesellschaft haben sich große Veränderungen ergeben. Nicht nur die Nahrungsmittelproduktion, sondern auch die landwirtschaftliche Nebenproduktion hat sich relativ schnell ausgeweitet, die Dorfwirtschaft beginnt sich auf den Markt und die Gesellschaft hin zu orientieren, Einzel- und Privatbetriebe schießen aus dem Boden, die Einkommen der ländlichen Bevölkerung steigen und damit auch deutlich der Lebensstandard. Aber infolge der Entwicklung der Warenwirtschaft tauchen auf dem Lande neue gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme auf, die eine kontinuierliche stabile Entwicklung der ländlichen Wirtschaft behindern. Der Verfasser nennt nun unter vier Punkten die folgenden Probleme und Widersprüche:

(1) Der Widerspruch zwischen der Kommerzialisierung der ländlichen Wirtschaft und den Beschränkungen der Familienunternehmen.

Das eigenständige Wirtschaften der bäuerlichen Familien hat einerseits die Wirtschaft belebt, andererseits aber auch schwer zu überwindende Beschränkungen zutage treten lassen. Z.B. hat die Investitionsfähigkeit der bäuerlichen Familien Grenzen, ebenso ihre Fähigkeit, Verantwortung für notwendige Infrastrukturmaßnahmen (Bewässerung usw.) zu übernehmen. Lagerhaltung, Transport usw. verursachen Schwierigkeiten und erhöhen die Produktionskosten. Das individuelle Wirtschaften macht es für die Bauernhaushalte schwierig, rechtzeitig Marktnachrichten zu erhalten, so daß oft blind produziert wird und es zu unnötigen wirtschaftlichen Verlusten kommt. Diese Widersprüche werden von Tag zu Tag deutlicher.

- (2) Der Widerspruch zwischen der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung und der Forderung nach Wohlstand auf dem Lande sowie dem Fehlen einer starken dörflichen Kollektivwirtschaft.

Im Zuge der Einführung des Vertrags- und Verantwortungssystems auf Familienbasis wurde mancherorts das ursprüngliche Kollektiveigentum vollständig verteilt oder verkauft, so daß die Gemeinden kein Geld für Gemeinschaftsaufgaben wie Wasserbau, Wohlfahrt und Erziehungswesen haben. Die Schwäche der Kollektivwirtschaft schränkt also die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung auf dem Lande sehr stark ein.

- (3) Der Widerspruch zwischen der Kontrolle der Arbeit auf dem Lande durch Partei und Staat und dem schlechten Funktionieren der ländlichen Basisorganisationen.

Viele Bauern meinen: "Der Boden ist an die Haushalte verteilt, jeder geht seinen eigenen Weg." Die Ansichten des Staates und des Kollektivs gelten nichts mehr. Manche Parteimitglieder und Kader kümmern sich nur darum, daß ihre eigene Familie zu Wohlstand gelangt, die von oben angeordnete Arbeit erledigen sie kaum, was dazu führt, daß die Parteiorganisationen an der Basis schwach und lax sind, daß sie ihre Führungsrolle nicht wahrnehmen können, daß die Politik von Partei und Staat nicht die Dörfer und Haushalte erreicht und daß kein Zusammenhalt mehr zwischen Gemeinde und Dorf sowie zwischen Dorf und Haushalt besteht.

- (4) Der Widerspruch zwischen der Notwendigkeit, eine sozialistische geistige Kultur aufzubauen, und dem geringen Interesse an ideologischer Erziehung auf dem Lande.

Mit den Veränderungen der Wirtschafts- und Lebensweise auf dem Lande haben sich auch die Lebensanschauungen und Wertvorstellungen der Bauern gewandelt. Vielerorts werden pompöse Hochzeiten und Trauerfeiern abgehalten, Ahnentempel wiederhergerichtet, Tempel gebaut und andere feudalistische Praktiken gepflegt. Illegale Erscheinungen wie Diebstahl, Glücksspiel und Prostitution sind weit verbreitet. Viele Bauern haben nur ihren eigenen Vorteil im Auge, sie nehmen ihre Kinder von der Schule und lassen sie arbeiten mit der Folge, daß die Zahl der Analphabeten und Halb-analphabeten zunimmt und die Steigerung der moralischen Qualitäten sowie des wissenschaftlich-technischen und kulturellen Niveaus der ländlichen Arbeitskräfte ernsthaft gefährdet ist. Da die ideologische Erziehung der Bauern in den letzten Jahren vernachlässigt wurde, sind in manchen Dörfern schon seit Jahren keine Massenversammlungen mehr abgehalten worden, und die Massen wissen sehr wenig über die Richtung und Politik der Partei. Die Bildungseinrichtungen in den Dörfern sind primitiv und rückständig, während man den kulturellen Vergnügungen der Massen freien Lauf läßt.

Diese Widersprüche und Probleme führt der Verfasser darauf zurück, daß die Partei bei ihrer Arbeit auf dem Lande die Zügel gelockert und nicht auf die Erziehung der Bauern geachtet hat. In den beiden folgenden Kapiteln des Artikels unterbreitet er Vorschläge, wie die in seinen Augen katastrophale ideologische Situation auf dem Lande verbessert werden könne. Im zweiten Kapitel geht es zunächst um organisatorische Fragen:

Das Hauptaugenmerk auf dem Lande muß auf der Erziehung der Kader und Massen in den Grundprinzipien des Sozialismus liegen. Dabei kommt es darauf an, diese mit der Realität der Dörfer im heutigen China zu verbinden, d.h. ihrer Entwicklung seit 1949, der Reform- und Öffnungspolitik, der Modernisierung insbesondere der ländlichen Gebiete und dem Ziel, sozialistische Dörfer chinesischer Prägung aufzubauen. Zum Problem der

Beschränktheit der Familienbetriebe hat es in den letzten Jahren verschiedene Auffassungen in bezug auf die Reform der ländlichen Produktion gegeben. Deshalb muß man bei der Erziehung in sozialistischer Ideologie zuerst dieses Problem lösen. Wir meinen, die Bauern müssen den Weg der Vergenossenschaftlichung und Kollektivierung gehen und am Prinzip des kollektiven und öffentlichen Eigentums am Grund und Boden festhalten. Im Zuge der Reformpolitik wurden Familienunternehmen, Vertragssysteme und duales Managementsystem eingeführt, was insgesamt positiv war. Aber seit einigen Jahren gibt es in der Wirtschaftsentwicklung auf dem Lande Probleme, die jedoch nicht auf der Ebene der Familienbetriebe liegen, sondern durch die Vernachlässigung der Ebene der Kollektivunternehmen entstanden sind. Den sozialistischen Weg gehen bedeutet für unsere Dörfer gegenwärtig, daß die Kollektivwirtschaft gestärkt werden muß und daneben Einzel- und Privatunternehmen erlaubt und gefördert werden sollen. Die Stärkung der Kollektivwirtschaft darf keinesfalls um den Preis einer Schwächung der Familienunternehmen geschehen, sondern muß durch gute Kontrolle und Verwendung des Kollektivvermögens, Entfaltung der Landwirtschaft und Ausbau der Industrie und des tertiären Sektors erreicht werden. Durch die Stärkung der Kollektivwirtschaft wird die Qualität der sozialen Dienste erhöht und wird die Wohlfahrt in den Dörfern und Kleinstädten gefördert.

Die Basisorganisationen auf dem Lande sind Brücke und Bindeglied zwischen Partei und Regierung auf der einen und den Bauernmassen auf der anderen Seite. Will man an der Führungsrolle der Partei und dem sozialistischen Weg auf dem Lande festhalten, müssen die Basisorganisationen auf dem Lande verbessert und gefestigt werden. Sie sind für die Durchführung der Parteilinie und für die Schaffung von Stabilität und Solidarität verantwortlich. Sie haben dafür zu sorgen, daß die Bauern in Sozialismus, Patriotismus und Kollektivismus erzogen werden und ihr rückständiges Bewußtsein einer Kleineigentümermentalität und des Anarchismus überwinden. Die Bauern müssen ferner in sozialistischer Moral und im Rechtssystem unterwiesen werden, sie müssen Bildung und wissenschaftlich-technische Kenntnisse erwerben, und es muß ihnen ein reich-

haltiges Unterhaltungsprogramm aus dem Bereich der Massenkultur geboten werden. Nur so können die Bauern ihre feudalistischen Gewohnheiten abstreifen.

Im dritten Kapitel gibt der Verfasser in vier Punkten ein Resumee seiner Vorstellungen über die Erziehung in sozialistischer Ideologie auf dem Lande, und zwar nach dem Vorbild, wie diese Erziehung in den Dörfern seines Stadtgebietes bereits seit 1988 durchgeführt wird:

- (1) Die sozialistische Ideologie führt in Richtung auf neue sozialistische Dörfer chinesischer Prägung.

Der Aufbau neuer sozialistischer Dörfer ist nur zu erreichen, wenn die sozialistische Ideologie die Dörfer beherrscht. Durch die Erziehung in sozialistischer Ideologie können die Bauern die Überlegenheit des sozialistischen Systems und dessen glänzende Aussichten erkennen, ihre Liebe zum Sozialismus, zum Vaterland und zum Kollektiv stärken sowie die dekadente kapitalistische Ideologie und den feudalistischen Aberglauben eindämmen.

- (2) Der Aufbau neuer sozialistischer Dörfer erfordert starke ländliche Basisorganisationen, deren Kern die Zweigstellen der Partei sind.
- (3) Der wirtschaftliche Aufbau, zugleich aber der Aufbau eines Systems von sozialen Diensten und die Entwicklung einer starken Kollektivwirtschaft bilden die materielle Grundlage für die neuen sozialistischen Dörfer chinesischer Prägung.

Die Bauern schauen immer nur auf die Stabilisierung des Vertrags- und Verantwortungssystems auf Familienbasis, aber sie müssen die Vorteilhaftigkeit einer engen Verbindung mit dem dualen Managementsystem und einer Reihe von Sozialdiensten erkennen, und sie müssen begreifen, daß eine starke Kollektivwirtschaft notwendig ist auf dem Wege zu gemeinsamem Wohlstand.

- (4) Zum Aufbau neuer sozialistischer Dörfer chinesischer Prägung gehört die Anhebung des Niveaus der ländlichen Bevölkerung.

Das Ziel ist die Schaffung neuer Menschen, die über vier Eigenschaften verfügen müssen, die sog. "Vier Haben" (*siyou*), nämlich Bildung, Ideale, Moral und Disziplin. In der ländlichen Bevölkerung muß das Bewußtsein für die sozialistische Ideologie und das Bildungsniveau, und zwar sowohl was die Allgemeinbildung als auch was wissenschaftliche Kenntnisse und technische Fertigkeiten angeht, angehoben werden.

Der Verfasser betont nicht zu Unrecht die Notwendigkeit, daß auf dem Lande allgemeine Infrastrukturaufgaben, vor allem im Wasserbau, in Angriff zu nehmen seien und ein soziales Dienstleistungsnetz wie z.B. verschiedene Versicherungssysteme aufzubauen sei. Daß solche Gemeinschaftsaufgaben vernachlässigt werden, ist zweifellos die Kehrseite der Reformen auf dem Lande. Auch die Anhebung des Bildungsniveaus ist ohne Frage eine vorrangige Aufgabe. Wenn der Verfasser diese Aufgaben jedoch mit Hilfe der sozialistischen Ideologie erreichen will, dann offenbart sich dahinter lediglich das Bestreben, die ganz offensichtlich im Schwinden begriffene Machtposition der Partei auf dem Lande wiederherzustellen. Ihm wie allen orthodoxen Marxisten geht es in erster Linie darum, die "kapitalistische" Mentalität und die Rückkehr zu "feudalistischem Aberglauben", d.h. also das Streben der bäuerlichen Familien nach Wohlstand für die eigene Familie und die Rückkehr zu traditionellen Gewohnheiten und zur Religion, zu unterbinden. Ob dies mit solchen überholten Methoden der Vergangenheit wie Massenversammlungen, Betonung des Kollektivgeistes und des selbstlosen Dienstes an der Gemeinschaft, dem Ideal des neuen sozialistischen Menschen und der Ausmerzungen alter Bräuche zu erreichen ist, muß besonders in den entwickelteren ländlichen Gebieten als sehr fraglich erscheinen.

*(10)

Probleme mit Hochschulstudenten

Seit der Niederschlagung der Demokratiebewegung 1989 wurde die ideologische Erziehung der Studenten an den Universitäten und Hochschulen Chinas verstärkt, um sie gegen die Versuchungen der sog. bürgerlichen Liberalisierung immun zu machen. Of-

fensichtlich haben jedoch die Bemühungen der Parteikader an den tertiären Bildungseinrichtungen in den vergangenen drei Jahren keine die Politiker zufriedenstellenden Ergebnisse gezeigt. Diesen Eindruck vermittelt jedenfalls ein Artikel in der Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* (1.1.92, hier nach SWB, 7.1.92). Danach soll Li Tieying, der Leiter der Staatlichen Erziehungskommission, auf einer Tagung seiner Kommission Mitte November 1991 Alarm geschlagen haben wegen der instabilen Lage an den Universitäten und Hochschulen des ganzen Landes. Er führte aus, daß es in den ersten zehn Monaten des Jahres 1991 im tertiären Bildungssektor zu über 130 "politischen Zwischenfällen" gekommen sei. Konkret nannte er die Veröffentlichung von Zeitungen zwecks politischer Aufwiegelung, das Anschlagens antisozialistischer Slogans, Untergrundversammlungen und "Untergrund-Salons" sowie heimliche Kontakte zu "reaktionären ausländischen Organisationen". Li Tieying schob das Fortbestehen politischer Untergrundaktivitäten unter den Studenten auf die seiner Meinung nach unzureichende politische Erziehungsarbeit.

He Dongchang, stellvertretender Leiter der Erziehungskommission, klagte auf derselben Tagung über das mangelhafte Niveau der Studenten. Laut *Zhengming* soll er erklärt haben, daß nur 18-20 Prozent aller Hochschulabsolventen den Anforderungen des staatlichen Lehrplans genügen. In einigen Gegenden betrage der Anteil sogar weniger als 10 Prozent. Des weiteren kritisierte He Dongchang die geringe Bereitschaft der Hochschulabsolventen, sich dort einsetzen zu lassen, wo die Bedingungen hart sind. Neunzig Prozent aller Graduierten hätten den Wunsch, in großen Städten zu arbeiten, am liebsten in wissenschaftlichen Instituten oder modernen Unternehmen, wo es Zusammenarbeit mit dem Ausland gebe. Selbst solche Hochschulabsolventen, die Mitglied der Partei oder Jugendliga sind - etwa 15 Prozent aller Absolventen -, wollten zu 95 Prozent nicht dort arbeiten, wo Partei und Staat sie am dringendsten bräuchten. Untersuchungen hätten zudem gezeigt, daß etwa 85 Prozent aller Hochschulabsolventen nur darauf aus seien, Mittel und Wege zu finden, um ins Ausland zu gehen.

Äußerst negativ soll sich He Dongchang über den zunehmenden Verfall von Moral und Disziplin an den Universitäten und Hochschulen ausgelassen haben. Erscheinungen wie das Schwänzen des Unterrichts, Trinken, Spielen, anormale sexuelle Beziehungen, Betrügen bei Hausarbeiten und Prüfungen seien gang und gäbe. Die moralische und intellektuelle Bildung im Hochschulbereich sei längst nicht mehr so gut wie den fünfziger und frühen sechziger Jahren, klagte er. Verantwortlich für diesen "Rückschritt" machte auch er die Vernachlässigung der politisch-ideologischen Erziehung. Als Skandal wurde auf der Tagung der Handel mit Diplomen bezeichnet. In den vergangenen fünf Jahren, so wurde berichtet, seien etwa 30 Prozent aller Diplome oder Zeugnisse über die erfolgreiche Absolvierung von Kursen unrechtmäßig, d.h. ohne Prüfung und unter allen möglichen Ausreden vergeben worden, z.B. "aus Rücksicht auf eine bestimmte Person", "von der Arbeitseinheit benötigt" oder "wegen Anweisung von oben". An zahlreichen Orten wurde festgestellt, daß manche Graduierten ihre Diplome um des Profits willen verkauften oder auch an andere verschenkten.

Um Abhilfe zu schaffen, so *Zhengming*, habe die Staatliche Erziehungskommission seit 1990 wieder stärker Mao Zedongs Linie vertreten, daß die Erziehung der proletarischen Politik zu dienen habe. Ausdruck dieser Politik sei gewesen, daß man gut 50.000 junge Kader aus lokalen Behörden, Bergwerken und Unternehmen sowie aus der Armee an verschiedene Universitäten zum Studium geschickt habe. Auf diese Weise habe man die Kontrolle über die politische Lage an den Hochschulen und die politische Qualität der Studenten verbessern wollen. Aus dem gleichen Grund habe der Staatsrat Mitte 1991 einen Vorschlag der Staatlichen Erziehungskommission gebilligt, nach dem Kader aus lokalen Behörden, Bergwerken, Industrieunternehmen, ländlichen Gebieten und der Armee zum Universitätsstudium zugelassen werden sollen, sofern sie ein hohes politisches Bewußtsein und kommunistische Ideale hätten. Deren Anteil an den neu zugelassenen Studenten soll innerhalb von vier Jahren von derzeit 5 auf 25 Prozent angehoben werden. Als weiteres Mittel zur ideologischen Ausrichtung der Hochschulen soll He Dongchang kürzlich

gefordert haben, die Führung der Universitäten und Hochschulen nur solchen Leuten anzuvertrauen, die einen festen Glauben an den Marxismus haben, die sich an den sozialistischen Weg halten und gegen bürgerliches Gedankengut zu kämpfen wagen. Außerdem solle die Kritik an der bürgerlichen Liberalisierung und an den dekadenten bürgerlichen Ideologien an allen Universitäten und Hochschulen zu einem Pflichtkurs erhoben werden. Jeder, der den Kursus nicht erfolgreich absolviere, sei fürs Studium nicht qualifiziert. (Ebd.)

Schon aus dieser letzten Äußerung geht hervor, daß He Dongchang die Qualität der Studenten nach ihrer ideologischen Ausrichtung bemißt. Insofern müssen seine Angaben über das Niveau der Studenten, von denen angeblich nur 10-20 Prozent den staatlichen Anforderungen genügten, mit Skepsis bewertet werden. Ebenso wie die Bemerkungen über die sinkende Moral und Disziplin der Studenten sollen sie wohl eher einer Diskreditierung der Studenten insgesamt dienen, wie sie seit dem 4. Juni 1989 von seiten der Orthodoxen aus taktischen Gründen vorgenommen wird zur Rechtfertigung einer verstärkten politisch-ideologischen Bildung. Zwar läßt das Niveau der Studenten vielerorts zu wünschen übrig, aber man muß berücksichtigen, daß die Orthodoxen ein Interesse daran haben, diesen Aspekt überzubetonen. Insbesondere die Untergrundaktivitäten der Studenten motiviert sie zu hartem Durchgreifen. Dabei geht es nicht mehr allein um den politischen Unterricht, sondern auch darum, sicherzustellen, daß die Führung der Universitäten und Hochschulen in Händen linientreuer Marxisten liegt. Bereits im Herbst 1989 waren einige in den Augen der Orthodoxen zu liberale Universitätspräsidenten abgelöst worden. Sollte diese Praxis anhalten, bedeutet dies eine empfindliche Verletzung der Autonomie der Hochschulen, die im Zuge der Bildungsreform eingeführt worden war. -st-

* (11)

Steigender Bedarf an Hochschulabsolventen

In den vergangenen Jahren, besonders in den beiden letzten Jahren, hatten Hochschulabgänger in China teilweise große Schwierigkeiten, eine ihrer Ausbildung adäquate Anstellung in staatli-

chen Institutionen oder Betrieben zu finden. Keine Probleme gab es, wenn sie gewillt waren, im nichtstaatlichen Bereich zu arbeiten, doch dazu waren aufgrund der schlechteren Konditionen die wenigsten bereit. Laut einem Bericht der *Volkszeitung* (RMRB, 8.1.92) scheint sich der Mangel an freien staatlichen Stellen in jüngster Zeit zum Besseren gewandelt zu haben. Wie das Blatt berichtet, ist es für die Hochschulabsolventen neuerdings aufgrund der steigenden Nachfrage staatlicher Stellen wieder leichter geworden, einen Job zu finden. Angaben der Staatlichen Erziehungskommission zufolge brauchte das Ministerium für metallurgische Industrie im Jahre 1990 11.000, im Jahre 1991 jedoch 16.000 Absolventen. Eine ähnliche Steigerung des Bedarfs wurde für die Stadt Beijing (1990: 11.000, 1991: 14.000) und die Provinz Zhejiang (1990: 13.000, 1991: 18.000) gemeldet. Der Bedarf an Hochschulabgängern der von der Staatlichen Erziehungskommission verwalteten Hochschuleinrichtungen liegt derzeit 1,3mal höher als die Zahl der zur Verfügung stehenden Absolventen.

Für diese Entwicklung werden folgende Gründe angeführt: 1. Für die Verwirklichung des Zehnjahresplans für die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung und des 8. Fünfjahrplans wird eine große Anzahl junger Fachleute benötigt. 2. Die Readjustierung der Wirtschaft in den letzten Jahren zeigt erste Erfolge, d.h. das wirtschaftliche Umfeld hat sich verbessert und infolgedessen auch die Nachfrage nach Hochschulabgängern. 3. Fachleute, die in den 50er und 60er Jahren Examen gemacht haben, kommen jetzt ins Pensionierungsalter, wodurch der Bedarf an Nachwuchs ebenfalls steigt - insbesondere deshalb, weil die nachfolgende Generation der kulturevolutionären Zeit praktisch fehlt. Wie es heißt, haben fast alle Hochschulabsolventen des Jahres 1991 vom Staat eine Stelle zugewiesen bekommen. Die staatliche Stellenzuweisung in den Schwerpunktbereichen Energie, Verkehr, Kommunikation, Rohstoffe und Rüstungsindustrie ist gegenüber 1990 um 8,2% gestiegen.

In dem Artikel wird zu Recht auf den Zusammenhang zwischen dem Bedarf an Hochschulabsolventen und den Zulassungszahlen zu den Hochschulen hingewiesen. Im Jahre 1991 war das Reservoir an Studenten, die ein Fach-

studium in Land- und Forstwirtschaft, Medizin, Pädagogik, Bergbau, Erdöl- oder Kohlewirtschaft begannen, ausreichend. In den von zentralen Ministerien verwalteten Hochschulen wurde die Zulassungsquote in den Fächern Land- und Forstwirtschaft, Bergbau, Kohle- und Erdölwirtschaft, die im allgemeinen wegen der harten Bedingungen in diesen Berufen nicht beliebt sind, zu 98,91 bis 99,91% ausgeschöpft. Bei 52,5 bis 75,13% der Quote stand eines dieser Fächer an erster Stelle der Studienwünsche. Um ein Pädagogikstudium - das ebenfalls nicht beliebt ist, häufig aber gewählt wird, wenn sich der Kandidat Chancen ausrechnet, mit diesem Studium in der Stadt bleiben zu können - hatten sich laut statistischen Angaben aus 20 Provinzeinheiten im Jahre 1991 fast 700.000 Kandidaten beworben, sechsmal soviel, wie im Zulassungsplan vorgesehen. Im Vergleich zur Planziffer erreichten 105,06% der Bewerber den erforderlichen Notenwert bei den Aufnahmeprüfungen. Unter ihnen lag der Anteil derjenigen, die Pädagogik als ersten Studienwunsch angegeben hatten, bei 55%. In Liaoning, Qinghai, Guizhou, Tianjin und Hebei hatten durchschnittlich gut 75% aller zugelassenen Bewerber Pädagogik als ersten Studienwunsch angegeben, in Shanghai alle Zugelassenen. (Ebd.)

Schon diese Angaben deuten die Schwierigkeiten an, die Planziffern mit den tatsächlichen Zulassungszahlen in Einklang zu bringen. Bei Nichterreichen der Planziffern für Zulassungen in einzelnen Fächern werden die fehlenden Interessenten durch solche Kandidaten aufgestockt, die das betr. Studienfach als zweiten oder dritten Studienwunsch angegeben hatten. Gerade für den Lehrerberuf scheint es fatal, wenn durchschnittlich nur etwas mehr als die Hälfte aller Studienanfänger an den Pädagogischen Hochschulen Pädagogik als ersten Studienwunsch angegeben hatte, während der Rest, also immerhin fast die Hälfte, das Pädagogikstudium mehr oder weniger nur begonnen hat, um überhaupt einen Studienplatz zu erhalten. Abhilfe könnte hier nur dadurch geschaffen werden, daß man den Lehrerberuf attraktiver macht. Hätte man nicht diejenigen, die erst an zweiter oder dritter Stelle Pädagogik studieren wollen, als "Manövriermasse", so hätte man Schwierigkeiten, die Planziffern für die Zulassungen überhaupt zu erreichen.

In anderen Fächern, z.B. Naturwissenschaften und Fremdsprachen, wird es sich genau umgekehrt verhalten.

Noch schwieriger dürfte es sein, die geplanten Zulassungen mit dem tatsächlichen Stellenbedarf in Übereinstimmung zu bringen. Um genau dieses Problem ging es auf einer Tagung über die Reform des Hochschul-Zulassungssystems, die im Dezember 1991 in Beijing stattfand. Dort war von Widersprüchen zwischen Zulassung und Arbeitsplatzzuweisung die Rede, d.h. der Diskrepanz zwischen den geplanten Studentenziffern und dem Bedarf an Jungakademikern. Teilweise werde völlig am Bedarf vorbei ausgebildet, hieß es. Als Ausweg aus diesem Dilemma wurde eine engere Zusammenarbeit und Abstimmung mit der Gesellschaft gefordert, z.B. die Ausbildung von Fachleuten im Auftrag bestimmter Einheiten. (GMRB, 8.1.92) Tatsächlich wird diese Methode schon vielfach praktiziert, ohne daß dies allerdings viel an der Diskrepanz zwischen Plan und Bedarf geändert hätte.

Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang darauf, daß seit dem Sommer 1989 - offensichtlich als Reaktion auf die Demokratiebewegung an den Hochschulen - die Zahl der Neuzulassungen zu den Hochschulen gedrosselt wird. Deshalb wird sich der Mangel an Hochschulabsolventen in den kommenden ein bis zwei Jahren noch mehr bemerkbar machen. -st-

*(12)

Erfolge bei der Besserstellung nicht-staatlicher Lehrer

Im Jahre 1991 sind einem Bericht der *Volkszeitung* vom 31.1.1992 zufolge deutliche Fortschritte in bezug auf die Besserstellung der nichtstaatlichen Lehrer erzielt worden. Bei den nichtstaatlichen Lehrern, den sog. *minban*-Lehrern, handelt es sich um Lehrer, die auf dem Lande unterrichten und nicht vom Staat, sondern von den Landgemeinden entlohnt werden. Seit Jahren sind Bestrebungen im Gange, sie materiell den staatlichen Lehrern gleichzustellen und ihr Niveau anzuheben, weil die Verwirklichung der neunjährigen Schulpflicht auf dem Lande von der Qualität dieser Lehrer abhängt. In vielen Gebieten, so heißt es in dem Bericht, würden folgende Maßnahmen zur Aufwertung der *minban*-Lehrer ergriffen:

- Die Neueinstellung von *minban*-Lehrern wird eingeschränkt und die Kontrolle über die vorhandenen verstärkt. In Shaanxi beispielsweise werden *minban*-Lehrer nur eingestellt, wenn sie einen Befähigungsnachweis von einer Lehrerbildungsanstalt haben. Wenn sie ein entsprechendes Zeugnis vorweisen, werden sie zu staatlichen Lehrern (*gongban*) befördert und genießen dann die gleiche Behandlung wie diese.

- Es wird überall versucht, Geldmittel aufzutreiben, um die *minban*-Lehrer besserzustellen. In einigen Orten konnten ihre Gehälter auf das Niveau der staatlichen Lehrer angehoben werden. Vereinzelt konnten sogar Ruhegeldfonds für nicht mehr arbeitende *minban*-Lehrer eingerichtet werden, aus dem die retirierten Lehrer monatlich 80-100 Yuan Altersversicherung bekommen.

- 1991 wurden in ganz China große Anstrengungen unternommen, die *minban*-Lehrer zur Weiterbildung auf Lehrerbildungsanstalten zu schicken. Nach statistischen Angaben aus 26 Provinzen haben 1991 pädagogische Fachschulen der Sekundarstufe insgesamt 47.432 *minban*-Lehrer aufgenommen, das waren 25,9 Prozent aller neu immatrikulierten Studenten an den pädagogischen Fachschulen der Sekundarstufe in diesen 26 Provinzen. Außerdem nahmen in einigen Provinzen auch pädagogische Hochschulen *minban*-Lehrer zur Fortbildung auf, und zwar etwa 5 Prozent aller an diesen Hochschulen neu eingeschriebenen Studenten. Nach dem Examen kehren diese Lehrer wieder in ihre alten Schulen zurück. Dieses Verfahren erweist sich als sehr vorteilhaft für die Steigerung der Qualität der *minban*-Lehrer. 1991 wurden gut 80.000 *minban*-Lehrer angeworben und zu staatlichen Lehrern gemacht.

Allgemein sind die Arbeits- und Lebensbedingungen der Dorfschullehrer sehr schlecht. Deshalb sind die Bemühungen um eine Anhebung des fachlichen Niveaus dieser Lehrer und um eine Angleichung ihrer Gehälter an die der staatlichen Lehrer zu begrüßen. Alle diese Maßnahmen zielen letztlich auf eine Abschaffung der *minban*-Lehrer. -st-

*(13)

Reform des Prüfungswesens: Allgemeine Einführung der Abiturprüfung

Wie der stellvertretende Erziehungsminister He Dongchang im Januar erklärte, wird ab diesem Jahr die Abschlußprüfung der oberen Mittelschule - also praktisch das Abitur - in ganz China eingeführt. Bisher war eine solche Prüfung nur vereinzelt durchgeführt worden (vgl. dazu C.a. 1991/7, Ü 18); jetzt wird sie in ganz China zur Regel, genau in 29 Provinzeinheiten (außer in Tibet).

Bisher hatte man die Hochschulaufnahmeprüfungen als alleinigen Maßstab für die Hochschulreife betrachtet. Fachleute jedoch meinen, daß das allgemeine Bildungsniveau der Schüler besser und objektiver aufgrund einer Abschlußprüfung nach Beendigung der Mittelschuloberstufe beurteilt werden kann. Die Erfahrungen haben gezeigt, so heißt es, daß durch eine solche Prüfung die Schulen ihr Augenmerk jetzt mehr auf die Qualifikation der Schüler legen als auf die Rate derjenigen, die auf die Hochschule überwechseln. Sie konzentrieren sich nicht mehr nur auf wenige Schüler (nämlich diejenigen, die studieren wollen), sondern auf alle. Viele Schüler sehen den Vorteil der Abiturprüfung auch darin, daß sie für den Fall, daß sie die Hochschulzulassung nicht erhalten, durch das Abitur eine Qualifikation haben, die sie anderweitig brauchen können. (RMRB, 12.1.92)

Die Aufnahmeprüfungen zu den Hochschulen werden trotz der Abschlußprüfungen an den Mittelschuloberstufen beibehalten, werden aber entlastet, d.h. die Bewerber werden nur noch in vier statt bisher sechs oder sieben Fächern geprüft. -st-

*(14)

Buddhisten genießen Glaubensfreiheit

Der Präsident der Chinesischen buddhistischen Vereinigung, Zhao Puchu, fühlte sich kürzlich bemüßigt, in einem Artikel in der *Volkszeitung* darzulegen, daß die chinesischen Buddhisten vollkommene Religionsfreiheit genießen. Mit Bezug auf das unlängst von der chinesischen Regierung herausgegebene Weißbuch über die Situation der Menschenrechte in China (vgl. dazu C.a., 1991/11, Ü 8) stellt Zhao zu-

nächst fest, daß die Menschenrechte in China verwirklicht sind und damit auch die Glaubensfreiheit als wichtiger Bestandteil der Menschenrechte. Seit 1949 hätten die Buddhisten die Möglichkeit gehabt, ihrer Unterdrückung und Ausbeutung zu entrinnen und das in der Verfassung verankerte Grundrecht der Glaubensfreiheit zu genießen. Sie hätten sich voll entfalten können und würden eine vorher nie gekannte Stellung in Politik und Gesellschaft einnehmen. Sie seien in Volkskongressen und der politischen Konsultativkonferenz aller Verwaltungsebenen vertreten und könnten an allen staatlichen Angelegenheiten teilnehmen und mitdiskutieren. Zwischen anderen Glaubensgemeinschaften und den Buddhisten herrschten neuartige Beziehungen der Gleichheit, des gegenseitigen Respekts und der Solidarität. Im "Neuen China" hätten die Buddhisten die Unterdrückung und den Einfluß der reaktionären Kräfte abgestoßen und ihre Reinheit wiederhergestellt, es seien auf nationaler und lokaler Ebene buddhistische Vereinigungen aufgebaut, Tempel renoviert, buddhistisches Kulturgut bewahrt und die Erziehung in buddhistischer Kultur gefördert worden.

Nachdem Zhao die Lage der Buddhisten in China in so leuchtenden Farben geschildert hat, ruft er seine Glaubensgenossen auf, das Weißbuch über die Situation der Menschenrechte in China genau zu studieren, damit sie den Standpunkt Chinas in der Menschenrechtsfrage verstehen und ihren Glauben an den sozialistischen Weg unter der Führung der Partei stärken. Sie sollen ihre eigenen Erfahrungen nutzen, die Situation der Buddhisten im alten und neuen China vergleichen und den mit ihnen in Verbindung stehenden relevanten Persönlichkeiten des In- und Auslands die Praxis der Menschenrechte in China erklären, insbesondere die Errungenschaft, daß die Religionsfreiheit der Bürger garantiert ist. Der Verfasser schließt mit dem Aufruf an seine Glaubensbrüder, die Regierung weiterhin in ihrer Politik der Religionsfreiheit zu unterstützen und noch mehr Beiträge für Staat und Gesellschaft zu leisten. Die Kontinuität und Stabilität der Politik der Religionsfreiheit werde das Ansehen Chinas als Hüter der Menschenrechte und Verteidiger seiner Souveränität weiter steigen lassen. (RMRB, 22.1.92)

Zur Bewertung des Artikels muß man wissen, daß der Präsident der Chinesischen Buddhistischen Vereinigung - ebenso wie die Präsidenten anderer Religionsgemeinschaften - eine halboffizielle Stellung innehaben; er ist das Bindeglied zwischen Partei und Regierung auf der einen und den Gläubigen auf der anderen Seite. Deshalb hat der Artikel auch zweierlei Funktion: Zum einen richtet er sich an Partei und Regierung und will mögliche Zweifel in bezug auf das offiziellerseits gewünschte politische Wohlverhalten der Buddhisten zerstreuen, d.h. er will signalisieren, daß die Buddhisten mit ihrer Situation zufrieden sind. Zum anderen spricht der Artikel die Buddhisten an und will ihnen gleichsam zu verstehen geben, daß es für sie am unverfänglichsten ist, wenn sie sich an die staatlichen Gesetze und Vorschriften zur Religionsausübung halten, und daß es unter den jetzigen Umständen keinen Zweck hat, sich für mehr Religionsfreiheit einzusetzen. -st-

Außenwirtschaft

*(15)

Erste offizielle Wirtschaftskontakte mit der GUS

Im Rahmen der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Republiken der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) erfolgen auch schrittweise bilaterale Abkommen über wirtschaftliche Kooperation und Handel. So unterzeichneten China und die Republik Usbekistan in Taschkent Anfang Januar dieses Jahres eine Vereinbarung über wirtschaftliche Zusammenarbeit. (FAZ, 4.1.92) Ausländischen Einschätzungen zufolge, wird China versuchen, die zentralasiatischen Republiken über eine engere wirtschaftliche Kooperation an sich zu binden. (HB, 28.1.92)

Beim Besuch des Ministerpräsidenten Weißrußlands, Wjatscheslaw Kebitsch, in Beijing Mitte Januar d.J. wurden ebenfalls neben der Aufnahme diplomatischer Beziehungen Vereinbarungen über Wirtschaftskooperation und Handel abgeschlossen. (Zitiert nach Xinhua News Agency, in: SWB, 22.1.92) Konkrete Projekte wurden noch nicht genannt.